

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1984

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1984

Verantwortung des Lehrers in der Demokratie

Helmut Kohl

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hielt anlässlich des 80. Jahrestages der Gründung des Deutschen Philologenverbandes im Wissenschaftszentrum Bonn folgende Rede:

Manch einer wird erstaunt gewesen sein, als er gelesen hat, daß ich zugesagt habe, heute früh zu Ihnen zu sprechen. Ich habe das aus verschiedenen Gründen getan:

Den ersten Grund haben Sie als Motto Ihrer Veranstaltung formuliert: Gymnasium hat Zukunft! Das ist meine feste Überzeugung. Und da hierzulande dauernd gegen etwas demonstriert wird, habe ich mir angewöhnt, immer dorthin zu gehen, wo ich für etwas demonstrieren kann.

Dieser Besuch bei Ihnen ist auch — nehmen Sie es so, wie ich es sage — eine Demonstration der Sympathie, weil Sie nicht umgefallen sind, sondern Position gehalten haben. Das ist eine achtenswerte Haltung, und deshalb bin ich auch hierhergekommen.

Ich will Ihnen natürlich auch ein herzliches Wort des Glückwunsches sagen zu Ihrem Jubiläum und ich hoffe, daß Sie in einer friedlichen Zeit im Dienst am Gymnasium — das ist immer im Dienst junger Menschen — Ihre Pflicht tun können. Bei dieser guten Gelegenheit will ich mich auch bedanken für mancherlei Rat und Unterstützung, auch mancherlei Kritik, die ich erfahren habe.

Schließlich will ich etwas ganz Persönliches hinzufügen: Ich habe am letzten Samstag zum Jubiläum einer Grundschule in Ludwigshafen gesprochen. Da wir dort keine anständige Aula haben, war die Veranstaltung in der Nachbarschaft, in der Aula meines Gymnasiums, so daß ich an einem Samstagmorgen einem wichtigen Zeitabschnitt meines Lebens sozusagen beinahe physisch begegnet bin.

In der Begegnung mit den Kindern im Gymnasium und in meiner alten Grundschule ist mir wieder klar geworden — und das hat sich auch dann in Gesprächen mit alten Schulfreunden und Kameraden, die ich an diesem Morgen getroffen habe, bestätigt —, wie sehr unser Leben geprägt wurde von dem, was

Schule ausmacht. Ich denke da vor allem an die prägende Kraft der Lehrerpersönlichkeiten, die uns in diesen ganz entscheidenden Lebensjahren begegnet sind.

Es gibt bei den Lehrern natürlich wie in jedem Beruf solche und solche — ich schließe die Politiker und die Abgeordneten da nicht aus, sie sind allerdings auch nicht schlechter als die anderen. Aber es gab eben sehr viele, denen wir sehr viel zu verdanken haben. Häufig haben wir erst sehr viel später gemerkt, was wir dabei auf unseren Lebensweg mitbekommen haben.

Und weil man in der Gesellschaft von heute zu viele Zeitgenossen findet, die Kritik üben und nicht Dankeschön sagen, will ich dieses Dankeschön auch einmal sehr persönlich an den Beginn meiner Ausführungen stellen.

Lassen Sie mich noch ein Zweites hinzufügen: Bei dieser Begegnung mit alten Stätten meines Lebens wurde mir ganz klar, wie sehr sich die Herausforderungen für den Lehrer von heute gewandelt haben. Nahezu alles, was Sie, Herr Fluck, hier vorgetragen haben — und das ist in meinem Amt eigentlich sehr selten, daß ich das so sagen kann —, kann ich Wort für Wort unterstreichen: Es entspricht weitgehend meiner Überzeugung.

Ich will heute früh keine Festrede halten — mein großer Vorgänger Konrad Adenauer hat ja in Ihrem Kreis einmal ein Grußwort von so bemerkenswerter Kürze gesprochen, daß ich längst zu Ende sein müßte —, sondern einfach einige Gedanken zu dem Thema „Verantwortung des Lehrers in der Demokratie“ vortragen.

Das erste ist zunächst die einfache Feststellung, die aber für viele keineswegs mehr so selbstverständlich ist, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die freiheitlichste Verfassung in der Geschichte Deutschlands ist. Das möglichst viele — man kann nie hoffen alle — das so erkennen und für ihr Leben akzeptieren, hängt entscheidend von unseren

Schulen und damit von den Lehrern und Lehrerpersönlichkeiten ab.

Auf der Grundlage dieser Verfassung ist es uns gelungen, durch viele Jahrzehnte für den freien Teil unseres Vaterlandes, für die Bundesrepublik Deutschland, Frieden und Freiheit zu bewahren. Wir konnten trotz aller Probleme, die wir haben und die ich ganz gewiß als letzter leugne, einen beachtlichen sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand aufbauen, der für frühere Generationen undenkbar gewesen wäre. Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat auch bewiesen, daß dies keine Sonnenscheindemokratie ist, daß diese Republik auch stürmische Zeiten durchstehen kann.

Föderalismus und Gewaltenteilung, Grundrechtsschutz und ein hohes Maß an innerer Stabilität und sozialem Frieden vermochten es, eine politische Kultur zu schaffen, die über Parteigrenzen und soziale und regionale Interessen hinaus einen breiten Konsens in der Bevölkerung gefunden hat.

Man darf auch heute bei aller Härte der Auseinandersetzung immer noch sagen – und es ist wichtig, daß wir uns dieses Gut erhalten –, daß die Bundesrepublik Deutschland getragen wird von der Gemeinsamkeit der Demokraten, vom gemeinsamen Bekenntnis zu den Grundwerten der Freiheit der Solidarität und der Gerechtigkeit und von der Überzeugung, wie es das Bundesverfassungsgericht definiert hat, daß die Bundesrepublik immer auch eine wehrhafte Demokratie ist.

Es ist unser gemeinsamer Auftrag, diese geistigen und moralischen Grundlagen unserer Demokratie, ihre politische Kultur, nicht nur für unsere Generation zu bewahren, sondern an die nächste Generation weiterzugeben. Daß hier eine besondere Verantwortung des Lehrers gegeben ist, versteht sich von selbst. Aber ich füge gleich hinzu:

Ich wehre mich leidenschaftlich dagegen, für alles, was die Gesellschaft als notwendig erachtet – Sie, Herr Fluck, haben ja nicht ohne Grund in diesem Zusammenhang das Wort Sanatorium verwandt –, die Schule, und damit den Lehrer, haftbar und verantwortlich zu machen.

Ich gehöre zu denen, die auch weiterhin unverdrossen erklären: Vor Gott und den Menschen haben die Eltern die erste Verantwortung für ihre Kinder. Das heißt natürlich, daß wir uns selbstkritisch fragen müssen, ob in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren in allen möglichen Bereichen der Gesellschaft nicht zuviel Abbau an elterlicher Autorität zu beobachten war.

Der Erziehungsauftrag der Eltern wurde in vielen Bereichen tangiert. Ein Großteil der Gesetze, die erlassen wurden, hält einer strengen Prüfung nicht stand.

Auch allgemeine Entwicklungen der Gesellschaft haben hier ihre Wirkung getan, Die bewußt herbeigeführte Verfälschung oder Verwechslung der Begriffe autoritär und Autorität, der Versuch, Autorität überhaupt zu verfälschen, hat gerade auch im elterlichen Bereich, übrigens ähnlich wie in der Schule, enorme Wirkungen gezeigt. Ich will hier nicht zum Thema Familienpolitik sprechen. Aber man kann über die Schule und den Auftrag des Lehrers nicht reden,

wenn man nicht zugleich daran denkt, daß Schule nur gedeihen kann, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Renaissance der Familie erleben, wenn wir wieder eine kinderfreundliche Gesellschaft werden.

Den Wert dessen, meine Damen und Herren, was wir auf der Grundlage unserer demokratischen Verfassung in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Diktatur des Nationalsozialismus lernend – im freien Teil Deutschlands aufgebaut haben, kann letztlich nur der ermessen, der die Geschichte kennt. Sie werden Verständnis dafür haben, daß ich dieses Thema in den Mittelpunkt meiner heutigen Ausführungen rücken möchte, denn die Geschichte zeigt, wozu der Mensch im guten wie im bösen fähig ist, und wie sehr Ideale und ihr Mißbrauch für den Gang der Geschichte verantwortlich sein können.

Jacob Burckhardt hat als Summe seiner kulturhistorischen Erfahrungen einmal gesagt: „Der Mensch ist nicht nur, was er ist, sondern auch, was er sich zum Ideal gesetzt hat, und auch wenn er diesem nicht völlig entspricht, wird durch das bloße Wollen auch ein Teil seines Wesens bezeichnet.“

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts und insonderheit die Geschichte der Deutschen lehrt uns, wie gefährlich es ist, wenn Ideologien und Utopien die politische und geistige Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit verdrängen. Niemand von uns kennt das Ziel der Geschichte. In Freiheit zu leben, ist Chance und Aufgabe für den Menschen. Dies für die junge Generation einsichtig und erfahrbar zu machen, ist auch ein wesentlicher Auftrag der Schule.

Zu den schlimmsten bildungspolitischen Fehlern der zurückliegenden Jahre gehört die Vernachlässigung des Faches Geschichte im weitesten Sinn des Wortes in den Schulen überhaupt und auch in den Gymnasien. Ich sage ganz deutlich: Ich halte es für rundum falsch, daß dieses Fach in einigen Bundesländern noch immer vor dem Abitur abgewählt werden kann. Nur wer die Geschichte kennt, vor allem auch die Geschichte seines eigenen Volkes, hat die Chance, in der kulturellen, in der geistigen und sozialen Tradition seines Landes Bindung und Orientierung zu finden.

Ohne Geschichtsverständnis sind weder politisches Verständnis der Gegenwart noch verantwortliche Gestaltung der Zukunft möglich.

Das gilt gerade auch für die zentrale Frage der deutschen Politik, die Frage nach der Sicherung von Frieden und Freiheit. Der Friede ist ein Werk der Gerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns ein für die Werte des Grundgesetzes: für die Freiheit und Würde des Menschen, für Solidarität und Gerechtigkeit, für Demokratie und Gewaltverzicht – und zwar im Innern und im Blick auf den Beitrag unseres Volkes zum Frieden in der Welt.

Deshalb ist das Atlantische Verteidigungsbündnis vor allem ein Wertebündnis und erst dann eine militärische Allianz. Es ist die Wertegemeinschaft westlicher Demokratien, die im gemeinsamen Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten ihre Grundlagen hat, jenen Menschen- und Freiheitsrechten, ohne die es eine dauerhafte Friedensordnung

zeitlich nicht geben kann. Wir haben in diesen Monaten in unzähligen Diskussionen erfahren, daß ein beachtlicher Teil der jungen Generation über die Entstehungsgeschichte des westlichen Verteidigungsbündnisses sehr wenig weiß. Viele sind deswegen anfällig geworden für sonderbare Parolen, die sich letztlich gegen ihre eigenen Interessen richten.

Wir haben im Verteidigungsbündnis der westlichen Demokratien, das die Voraussetzung für Frieden und Freiheit unseres Landes ist, auch mit unserer Bundeswehr eine wichtige Aufgabe übernommen. Gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern sichert diese Bundeswehr den Frieden, sie gibt auch der jungen Generation die Chance, in Freiheit aufzuwachsen.

Dieser Zusammenhang ist leider in vielen Fällen nicht klar. Diejenigen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst nicht leisten wollen – und wir sind das einzige Land, in dem das Recht auf Wehr- und Kriegsdienstverweigerung Verfassungsrang hat –, müssen sich immer klar darüber sein, daß diese sehr persönliche Entscheidung – der wir Respekt zollen, nur möglich ist, weil der Friede und die Freiheit bewahrt werden durch das persönliche Opfer junger Leute im Wehrdienst, im Friedensdienst für unsere Bundeswehr.

Wer diesen Dienst leistet, hat einen Anspruch auf unsere Anerkennung, unseren Respekt. Er bringt ein persönliches Opfer. Aber wir erleben, daß diejenigen, die ja sagen zu diesem Friedensdienst, beileibe nicht bei allen Anerkennung für ihr bürgerliches Engagement finden. Wenn sich eine Einstellung verbreitet, die da lautet, daß die Dummen dienen und die Cleveren sich drücken, dann muß man sich im klaren sein, daß ein Staat, dessen nachwachsende Generation zumindest teilweise in solchen Kategorien denkt, in eine sehr gefährdete Zukunft geht.

Ich kann keinen Zusammenhang entdecken zwischen der Höhe des Bildungsniveaus und der Sensibilität moralischer Gewissenhaftigkeit. Pflichterfüllung in der staatlichen Gemeinschaft und das Bekenntnis zum eigenen Vaterland, dieser Appell richtet sich doch keineswegs nur an die sogenannten schlichteren Gemüter in unserer Gesellschaft.

Ich sage dies auch in einem Zusammenhang, der hochaktuell ist, im Blick auf den 17. Juni und die Wahl zum Europäischen Parlament. Ich habe gestern in einer sehr eindrucksvollen Kundgebung in Aachen – bei der Verleihung des Karlspreises an unseren Bundespräsidenten – erlebt, wie sich viele führende Köpfe Europas zusammenfanden und auf diese Art ganz selbstverständlich demonstrierten, daß zwei schreckliche Weltkriege Geschichte bedeuten, daß wir die Konsequenz aus dieser leidvollen Geschichte gezogen haben und daß wir uns aufgemacht haben zum Bau der Vereinigten Staaten von Europa, zugegebenermaßen unter ungeheuren Schwierigkeiten.

Ich habe dort wie bei jeder anderen Gelegenheit erneut darauf hingewiesen, daß es Mangel an Demut vor der Geschichte wäre, wenn wir erwarten wollten, in nur 30 Jahren über 300 Jahre nationalstaatlicher Bruderkriege in Europa wiedergutzumachen. Nein, wir brauchen – darüber gibt es gar keinen Zweifel – einen langen Atem.

Und wir sind ja auch schon weit vorangekommen. Hier in diesem Saal sehe ich eine große Zahl von Teilnehmern etwa meines Jahrgangs. Wir kommen noch aus Grundschulen mit Lesebuchstücken über den Erbfeind Frankreich. Als ich das gestern bei einer großen Kundgebung in Saarbrücken erwähnte, stand neben mir der gleichaltrige Bürgermeister von Metz und sagte mir anschließend: „Wir haben ein Lesestück gehabt über alle Schandtaten der Deutschen“. Das ist heute alles völlig undenkbar.

Die Generation unserer Kinder ist in einem Geist des Miteinander in Europa aufgewachsen. Sie sind längst Europäer in ihrem tatsächlichen Leben geworden.

Dennoch tun wir zuwenig. Und damit bin ich wieder beim Thema Schule: Im wilden Ablauf der sich überschlagenden Schulreformen in der Bundesrepublik ist der Austausch von Schülern mit Nachbarländern zu kurz gekommen. In einer Zeit, in der viele vom Elternhaus, vom Umfeld und in der Schule immer mit dem Gedanken getrimmt werden, „Du hast keine Zeit zu verlieren“, wird ein Schuljahr, das man im Ausland verbringt, als Verlust empfunden und nicht als Bereicherung. Wir hier sind dabei, zu verprovinzialisieren. Ich bin mit der reinen Statistik darüber, wie viele Schüler diese oder jene Sprache lernen, allein nicht zufrieden. Wir müssen sehen, daß der Austausch zwischen Schülern verschiedener Länder weit mehr bringt als nur eine Verbesserung der sprachlichen Kenntnisse.

Wenn gegenwärtig nur noch zwei Prozent der deutschen Studenten im Ausland studieren, dann gilt es, diese Entwicklung nicht nur zu stoppen, sondern so rasch wie möglich umzukehren. Wie ich überhaupt denke, daß wir die auswärtige Kulturpolitik seit vielen Jahrzehnten sträflich vernachlässigen und daß wir für deutsche Schulen im Ausland, für die deutsche Sprache im Ausland und die Darstellung deutscher Kultur im Ausland viel zuwenig tun. Und manches von dem wenigen, das wir tun, tun wir in einer Form, die kontraproduktiv für unser eigenes Land wirkt.

Aus dem Inhalt

Verantwortung des Lehrers in der Demokratie Helmut Kohl	1
Zur Rolle der politischen Parteien F. C. Schilling im Gespräch mit Friedrich Vogel	7
Deutsche Interessen in Zentralamerika? Karl Lamers	10
Veranstaltungen und Termine	11
Zur Diskussion gestellt: Umgemeindung Reiner Vogels, Dieter Lingenberg	12
Kurz notiert	12
Der politische Gegner ist kein Feind! Horst Waffenschmidt	14
Buchbesprechungen	14

Meine Damen und Herren, zu diesem Bild gehört für mich natürlich auch, daß wir in unseren Schulen – und das ist vor allem eine Frage der Schulverwaltungen – zuwenig darüber nachdenken, was zu tun wäre im Blick auf die Einheit der Nation. Einheit der Nation bedeutet, in der Durststrecke der Geschichte, die wir jetzt durchstehen müssen und die möglicherweise Generationen dauert, vor allem das Miteinander nicht aufzugeben.

Miteinander heißt, den anderen zu kennen. Wenn Sie Reisepläne eines durchschnittlichen deutschen Gymnasiums studieren, dann werden Sie feststellen, daß Begegnungen in Paris, in London oder in Rom sehr viel selbstverständlicher und häufiger sind als der Besuch auf der Wartburg in Eisenach, in Weimar, in Dresden, in Leipzig, in Rostock oder sonstwo in der DDR.

Wir werden diesen langen Atem im Blick auf die deutsche Nation nicht aufbringen können, wenn wir nicht gerade unseren jungen Mitbürgern, und das sind die Schüler auch in unseren Gymnasien, immer wieder die Chance zur Begegnung geben. Für mich ist dies eine der entscheidenden Fragen in der Beziehung zur politischen Führung der DDR.

Viele sind ja sehr überrascht über das, was sich auf diesem Feld in den letzten beiden Jahren, seit ich das Amt des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland übernommen habe, als möglich erwiesen hat. Die so bewußt herbeigeredete Eiszeit ist ausgeblieben, einen undurchdringlichen Raketenzaun gibt es nicht.

In den letzten Monaten sind mehr Bürger aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen, um hier bleiben zu können, als sonst zusammengenommen in drei Jahren. Aber, meine Damen und Herren, wir können auf diesem Feld überhaupt nicht genug tun. Im Rahmen des Jugendaustausches mit der DDR sind im vergangenen Jahr über 6 000 Jugendliche aus der Bundesrepublik in die DDR gefahren. Knapp 1 200 sind aus der DDR nach hier gekommen. Dazu kommen in West-Ost-Richtung etwa 16 000 Jugendliche, die bei Klassenfahrten und mit Lehrlingsgruppen die DDR besucht haben. Wir müssen versuchen, möglichst vielen jungen Mitbürgern bei uns die Chance zu eröffnen, den anderen Teil Deutschlands kennenzulernen.

Ich habe in meinem Bericht zur Lage der Nation am 15. März im Bundestag an die Eltern, an die Lehrer, an die Schulverwaltungen und die Kultusminister appelliert, das Ihrige zur Stärkung des nationalen Bewußtseins beizutragen. Bei Ihnen spreche ich dieses Thema heute an, weil ich glaube, daß durch die Begegnung mit der Wirklichkeit der DDR viele junge Mitbürger der Bundesrepublik Deutschland zum Wesen und zum Inhalt unserer Verfassung einen neuen Zugang gewinnen können, daß sie besser verstehen können, wie sich das geschichtliche Bild der Deutschen geformt, und daß sie eine genaue Vorstellung darüber gewinnen können, daß der Weg der Deutschen nicht zurückgehen kann in den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts.

Die Zukunft Deutschlands besteht darin, das große, zentrale Problem deutscher Politik, die Einheit der Nation – wann immer sie auf die Tagesordnung der

Weltpolitik kommen wird –, unter einem europäischen Dach zu lösen.

Die Schule wird entscheidend von Lehrerpersönlichkeiten geprägt. Das Vorbild des Lehrers, seine Art, den Unterricht zu gestalten, beeinflussen Entwicklung und Wertmaßstäbe der ihm zur Erziehung anvertrauten Jugendlichen.

Natürlich ist ein Lehrer ein Staatsbürger wie jeder andere. Er hat seine staatsbürgerlichen Überzeugungen, und dazu gehören auch politische Überzeugungen. Aber wir sollten deutlicher aussprechen, daß es unerträglich ist, wenn politische Überzeugungen in einer Form in die Schule hineingetragen werden, die Kinder indoktriniert.

Die Schule ist kein Ort zur Austragung politischer Kämpfe, sie eignet sich nicht zum Agitationsfeld, weder für diese noch für jene Seite. Ich beobachte beispielsweise – um das sehr Aktuelle anzusprechen – in der Auseinandersetzung um das Thema 35-Stunden-Woche den einen oder anderen Versuch dieser Art. Die Schule hat die Aufgabe, mündige Bürger heranzubilden, Bürger mit eigener politischer Urteilskraft, mit einer eigenen Überzeugung.

Zur politischen Mündigkeit erzieht der Lehrer vor allem dadurch, daß er Kenntnisse über die Verfassung, über ihre Grundprinzipien und Institutionen vermittelt und daß er den Prozeß der politischen Willensbildung und auch demokratischer Entscheidungen verständlich macht.

Das bedeutet immer auch, Zielkonflikte und Konsequenzen politischen Handelns deutlich zu machen, Überzeugungen zu reflektieren, aber vor allem zu vermitteln, daß Kompromißbereitschaft und Toleranz in der Demokratie eine entscheidende Voraussetzung für den Umgang mit Andersdenkenden sind, daß Freiheit immer auch die Freiheit des Andersdenkenden sein muß.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre möchte ich bewußt hinzufügen, daß dazu auch die Förderung des Rechtsbewußtseins hinzutreten muß, die Vermittlung der Erkenntnis, daß Rechtsfriede eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, eine Voraussetzung für jede freiheitliche Ordnung ist. Ich spreche dieses Thema hier an, weil zu den böartigen Formen des politischen Zynismus unserer Tage gehört, daß man jungen Leuten einreden will, es gebe ein Recht auf Widerstand gegen demokratische Organe und gegen demokratisch gefällte Entscheidungen.

Mich bedrückt dies im Blick auf ein Ereignis, dessen 40. Jahrestag wir in wenigen Tagen begehen: den 20. Juli 1944, jenen Tag, der symbolisch den Widerstand gegen die nationalsozialistische Barbarei deutlich macht. Die Tat und das Opfer der Frauen und Männer, die im Widerstand gegen Hitler ihr Leben wagten, müßten es eigentlich jedem verbieten, Regelverstöße und zivilen Ungehorsam anmaßend als Widerstand zu bezeichnen und ihr persönliches Tun, das ja im Regelfall von keinem Risiko begleitet ist, moralisch auf die gleiche Stufe zu stellen mit der Tat jener, die in Plötzensee für das andere Deutschland hingerichtet wurden.

Wie absurd ein Teil der deutschen Diskussion ist, kann man in diesen Tagen am Beispiel des Schicksals von Andrej Sacharow und seiner Frau – dem

Zwang, in einer Diktatur zu leben – am besten erkennen. Eine Friedenserziehung, die totalitäre und demokratische Staaten unterschiedslos gleichsetzt, die den unauflösbaren Zusammenhang von Frieden und Freiheit verleugnet, würde zu einer Belastung für den inneren Frieden in unserem Land.

Sinnvolle Friedenserziehung muß vor allem die Lehren der Geschichte vermitteln. Jene jungen Mitbürger – die meisten ungewöhnlich sympathisch –, die sich so leidenschaftlich für den Frieden engagieren, wissen ganz selten etwas vom Meineid Hitlers auf die Weimarer Verfassung im Ulmer Reichswehrprozeß, über den Hitler-Stalin-Pakt, oder über den Einfluß pazifistischer Bewegungen in England und Frankreich auf das Zustandekommen des Münchener Abkommens.

Wir stehen zur Last unserer Geschichte. Wir wollen aus der Geschichte lernen. Deshalb ist es für uns ganz wesentlich zu begreifen, daß uns unsere Verfassung in der Bundesrepublik Deutschland eine große Chance eröffnet, Konsequenzen zu ziehen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist in seinem Kern, den das Bundesverfassungsgericht als freiheitlich-demokratische Grundordnung definiert hat, eine wertgebundene Verfassung, die uns allen Maßstäbe setzt – natürlich auch der Schule und dem Lehrer.

Die freiheitliche Demokratie braucht Bürger, die selbständig urteilen und entscheiden können. Im Elternhaus, in der Schule und im Ausbildungsverhältnis muß der junge Mensch lernen, daß er nicht nur Freiheiten in Anspruch nehmen kann, sondern daß er als Staatsbürger auch Pflichten zu erfüllen hat.

Einer der großen Männer der Bundesrepublik Deutschland – ich werde nicht müde, an ihn zu erinnern –, der Hamburger Bürgermeister Herbert Weichmann, hat am 17. Juni 1981, kurz vor seinem Tode, im Deutschen Bundestag uns allen als Ertrag seiner Erfahrungen zugerufen – ich sage es mit meinen Worten –, daß unsere Republik nur dann Zukunft hat, wenn möglichst viele erkennen, daß der Satz gilt: Wer Rechte hat, hat Pflichten. Und dies, meine Damen und Herren, müssen wir durch unser eigenes Beispiel gegenüber jungen Menschen deutlich machen.

Sie Herr Fluck, sprachen mich auf die Lehrstellenaktion an. Der 15jährige, 16jährige Hauptschüler, der die Schule verläßt und eine Lehre beginnen will, aber keine Lehrstelle findet, empfindet diesen Staat und diese Gesellschaft als eine geschlossene Gesellschaft. Er steht vor zugeworfenen Toren. Und ich kann nicht erwarten, daß er drei Jahre später, wenn er dann gemustert wird, sagt: dies ist mein Land, ich bin bereit, es zu verteidigen, wenn er dieses Land zuvor abweisend erlebt hat.

Deswegen war es eine großartige Sache, daß es möglich war, ohne Gesetz und Verordnungen und ohne Drohungen auf dem Wege freier Vereinbarungen, im letzten Jahr statt 650 000 über 700 000 Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. Ich bin optimistisch genug, zu sagen, daß wir dies auch in diesem und im nächsten Jahr, wenn noch einmal geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen, wieder erreichen. In einigen Jahren werden wir uns nämlich wehmütig

an diese geburtenstarken Jahrgänge erinnern und überlegen, wo wir Lehrlinge finden können.

„Rechte und Pflichten“, das heißt natürlich auch, daß Leistung und Solidarität Grundlagen des sozialen wie des schulischen Lernens sind. Und damit sind wir bei dem Thema und dem Begriff „Leistung“. Seit einem Jahrzehnt und länger ist eine zunehmende Verteufelung des Leistungsprinzips zu beobachten. Aber der Appell an den Sozialneid und die Gleichheitsideologie hat bei der jungen Generation weniger Spuren hinterlassen als manche befürchtet haben.

Wir haben in manchen Bereichen unserer Gesellschaft ein nach wie vor ungebrochenes Verhältnis zum Leistungsprinzip, z. B. im Sport.

Wir wissen – und ich glaube, wir wollen auch –, daß Leistung sich nicht nur orientieren soll am späteren Beruf, am beruflichen Erfolg oder am beruflichen Aufstieg. Sie erleben in der Schule immer mehr junge Leute, die sich nicht mit letzter Entschiedenheit am Karrieremuster ihrer Elternhäuser orientieren. Ich kann nicht erkennen, daß sie deswegen automatisch leistungsfeindlich sind. Im Gegenteil, wenn man sorgfältig die demoskopischen Unterlagen in den letzten Jahren studiert, dann wird man feststellen, daß in der jungen Generation, in der Schülergeneration von heute durchaus die Bereitschaft zur persönlichen Leistung vorhanden ist.

Viele junge Mitbürger haben eine sehr konkrete Vorstellung vom Sinn der Leistung für ihr persönliches Lebensglück. Die Bereitschaft, etwas zu leisten, ist ganz ungebrochen da. Vielleicht ist eine Komponente stärker geworden – und ich kann nur sagen, wenn dies so sein sollte, wäre es ein Grund, zufrieden zu sein –: daß nämlich Leistung auch Einsatz für andere, für Schwächere ist: Rücksichtnahme, Engagement, Solidarität.

Die Aufgabe des Bildungswesens muß darin bestehen, die unterschiedlichen Begabungen und Leistungsmöglichkeiten junger Menschen in Schule, Betrieb und Hochschule zu fördern und nicht eine öde Gleichmacherei.

Unser Ziel muß sein, die unterschiedlich Leistenden zu einer solidarischen Gesamtleistung zusammenzuführen. Dabei ist die Gesamtleistung um so besser, je mehr jeder einzelne bereit ist, seine persönliche Bestleistung auch in der Verantwortung für andere beizutragen. Dies bedeutet, daß wir uns wieder in einer ganz unbefangenen Weise dem Begriff der Elite nähern. Ich meine natürlich die Leistungselite. Ich denke dabei etwa an denjenigen, der das Abendgymnasium besucht hat, um das Abitur nachzumachen, zu studieren und um etwas auf die Beine zu stellen. Ich respektiere solche Zeitgenossen um so mehr, wenn sie dabei nicht bitter geworden sind und sich auch die Fröhlichkeit des Herzens bewahrt haben.

Wir brauchen auf allen Feldern mehr Leistungseliten. Das gilt auch für das Amt des Lehrers. Ich bin dagegen, daß man bei den Lehrern wie übrigens bei den Politikern – das haben wir gemeinsam – inzwischen fast nur noch Pauschalurteile abgibt. Es gibt weder die Lehrer, noch gibt es die Politiker. Es gibt natürlich – und auch das muß man ehrlicherweise ansprechen – auch unter Lehrern solche, die ihren

Beruf nicht aus pädagogischer Berufung gewählt haben, sondern die einer Art Jobmentalität anhängen. Warum sollte sich eigentlich diese Berufsgruppe anders verhalten als viele andere?

Dennoch ist die Wahrheit, daß die große Mehrheit unserer Lehrer – und das gilt auch für die Lehrer an unseren Gymnasien – ihre Pflicht tut. Ich verwende ganz bewußt diese Formulierung, weil auch das ein Begriff ist, der in den letzten Jahren in Gefahr war, unter die Räder zu kommen. Ich finde, man kann über einen Menschen nach einem langen Berufsleben wenig Besseres sagen, als daß er seine Pflicht getan hat.

Und damit komme ich zu einem ungeheuren Problem, vor dem unsere Gesellschaft steht: die Jungakademikerarbeitslosigkeit. Ich werde oft gefragt, wo ich die Achillesferse der Bundesrepublik in den nächsten Jahren sehe. Für nahezu alle Problemstellungen glaube ich eine Lösung zu kennen oder wenigstens einen Weg, der in die Zukunft weist. Ich muß Ihnen aber ebenso ehrlich sagen, daß das einzige Feld, bei dem ich selbst noch nicht weiß, wie wir es bewältigen können, die Jungakademikerarbeitslosigkeit ist. Wenn Sie die Studentenzahlen einerseits sehen und dann das Durchschnittsalter in den Lehrerkollegien dagegenhalten, dann wissen Sie so gut wie ich: Das, was wir momentan tun können, ist der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Es ist eine zutiefst deprimierende Vorstellung, daß junge Leute meinen, nach einem abgeschlossenen Studium sofort eine neue Ausbildung beginnen zu müssen, weil die Erstausbildung gar keine Chance für die Zukunft in sich birgt.

Ich hoffe sehr, daß es mit vereinten Bemühungen aller – und da rechne ich auch mit Ihrer Unterstützung – gelingt, das Problem wenigstens etwas abzubauen und langsam mehrere denkbare Lösungen ins Feld zu bringen, um vor allem das Schicksal der Betroffenen etwas zu erleichtern. Es gibt dafür kein Patentrezept. Wir müssen hier zu einem Umdenkungsprozeß in der Gesellschaft kommen. Sie haben einen Schlüssel dazu mit in der Hand, weil Sie täglich in der Oberstufe eines Gymnasiums mit möglichen Studenten und Akademikern von morgen sprechen.

Es ist in diesem Zusammenhang ein weiteres Thema anzusprechen: die Neuregelung des Hochschulzugangs in numerus-clausus-Fächern, die vermutlich auch die Zugangsbestimmungen des Hochschulrahmengesetzes beeinflussen wird. Ich will Ihnen schon jetzt anbieten, daß wir bei dieser Novellierung sehr intensiv auch mit Ihnen zusammenarbeiten, damit Ihre Erfahrungen mit einfließen können.

Für die Zukunft des Gymnasiums – das ist die Zukunft eines Großteils der Leistungseliten von morgen – ist es von entscheidender Bedeutung, daß das Abitur als Voraussetzung und in seiner Bedeutung für den Hochschulzugang bestehenbleibt. Dies verlangt auch, daß wir die Sorge der Hochschulen um die Studierfähigkeit der Abiturienten ernst nehmen. Die Hochschulen treten nach meiner Überzeugung mit guten Gründen für einen Grundbestand verbindlicher und bis zum Abitur kontinuierlich unterrichteter Fächer ein. Dazu gehören wenigstens fünf Fächer, als Grundbestand von Bildung: Deutsch, eine Fremd-

sprache, Mathematik, ein naturwissenschaftliches Fach und Geschichte.

Ich finde, es ist ein Armutzeugnis, wenn Hochschulen Deutschkurse für Deutsche anbieten müssen, weil Studenten inzwischen selbst erkannt haben, daß ihnen die Fähigkeit fehlt, sich in ihrer eigenen Muttersprache schriftlich oder mündlich einwandfrei auszudrücken.

Ich weiß natürlich – und der Blick auf meine eigenen Schulzeugnisse in der Vorbereitung auf den Besuch meiner alten Schule vor acht Tagen hat mich daran wieder deutlich erinnert –, wie groß die Versuchung ist, ungeliebte Fächer abzuwählen. Ich halte es aber für ein rundum falsches pädagogisches Prinzip, wenn man bei einem 16-, 17jährigen in einer wichtigen Entscheidung seines Lebens den Eindruck aufkommen läßt, er könne das, was unbequem ist, abwählen.

Zudem gibt es ja heute keine isolierte Entwicklung der Berufsfelder mehr. Die Wirklichkeit des Lebens ist: Wer etwa aus den Geisteswissenschaften kommt, wird in jedem wichtigen Verantwortungsbereich beim Staat oder in der Wirtschaft unweigerlich mit naturwissenschaftlichen Problemen konfrontiert und umgekehrt. Und deswegen ist es falsch, beim 18jährigen eine Illusion zu wecken, die im Leben später nie Wirklichkeit wird.

Hierher gehört auch das Thema der Technikfeindlichkeit. Es ist wahr, daß wir nach einer Phase der Technikbegeisterung vieles relativierend betrachten. Wir haben erfahren, daß eben nicht alles, was machbar ist, auch wünschbar ist und daß die moralischen Probleme naturwissenschaftlicher Entwicklung – denken Sie nur an die Gen-Technik – uns inzwischen eingeholt haben und unsere entschiedene Antwort erfordern.

Aber es wäre ganz töricht, wenn wir es zulassen würden, daß ausgerechnet in der Exportnation Bundesrepublik Deutschland eine junge Generation aufwächst, die der Meinung ist, daß wir uns alles erlauben können, nur keinen technischen Fortschritt. Ich kann im übrigen auch nicht erkennen, daß das die Stimmung breiter Kreise junger Leute ist.

Ich räume ein: Wenn ich etwa die Bundessieger und Landessieger von „Jugend forscht“ zu mir einlade, ist das eine wirkliche Leistungselite, die sich hier aus freien Stücken engagiert hat. Aber auch in anderen Bereichen unserer Gesellschaft sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Ich möchte uns alle ermutigen, daß wir zur Naturwissenschaft, zur Technik, zur Entwicklung unserer modernen Welt insgesamt das richtige Verhältnis finden – vielleicht auch das richtige Augenmaß wiedergewinnen.

Und lassen Sie mich noch ein Letztes ansprechen: Wir sind ja in einer sehr seltsamen Entwicklung in unserer Gesellschaft begriffen: Jammern gehört sozusagen zur Selbstverständlichkeit. Hier gibt es manchmal ein ziemliches Maß an Scheinheiligkeit. Wir sind in Wahrheit ein Staat, der seinen Bürgern ein Höchstmaß an Freiheit sichert, ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit. Im Blick auf das Netz sozialer Sicherheit ist die Arbeitslosigkeit des Jahres 1984 überhaupt nicht zu vergleichen mit der Not und dem Elend des Arbeitslosen im Jahre 1932.

Auch gemessen am Lebensstandard unserer Nachbarländer haben wir keinen Grund, in einen totalen Lebenspessimismus zu verfallen.

Aber Pessimismus ist ein Stück politischer Offensivstrategie geworden. Und deshalb wird uns von vielen eingeredet, daß es uns schlecht zu gehen hat. Das macht sich in Wort und Schrift vorgetragen auch glänzend bezahlt. Das ist ein Punkt, der mich mit tiefer Skepsis bei der Betrachtung der Vorreiter solcher Ideologien erfüllt.

Wir haben erlebt – und das sage ich mit großem Ernst angesichts der Diskussion um die Stationierung von Mittelstreckenwaffen –, daß Lebensangst und Zukunftsangst gerade auch sehr viele junge Mitbürger ergriffen hat.

Das ist eine politische Realität, der wir Rechnung zu tragen haben, indem wir uns kämpferisch und sensibel zugleich mit ihr auseinandersetzen. Das können weder Politiker noch Lehrer in den Schulen für sich allein bewältigen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir mit der Zunahme von Lebensangst einen bitteren und teuren Preis für ein hohes Maß an Säkularisierung in diesem Jahrhundert – sie können auch sagen: von Verlust an Religiösität oder Glauben an Gott – bezahlen. Aber ich glaube, wir brauchen das nicht einfach hinzunehmen, wie es oft hingegenommen wird. Wir können aus geschichtlichen Erfahrungen lernen.

Wir sollten uns in diesen Monaten der Auseinandersetzung um die Fragen von Angst und Lebensangst, um Pessimismus oder Optimismus daran erinnern, daß die höchste Selbstmordrate in der deutschen Geschichte an Weihnachten 1947 zu verzeichnen war. Damals, als „Draußen vor der Tür“ geschrieben wurde, wo der Unteroffizier Beckmann seine Verzweiflung hinaus schrie – für uns als Schüler jener Tage ein unvergeßliches Erlebnis in ausgebombten, mühsam hergerichteten Theatern –, war das eben die Hoffnungslosigkeit einer Generation, die in der

Gefahr stand, in den blanken Nihilismus abzugleiten. Aber es war diese Generation, die unter schwierigsten Bedingungen die Bundesrepublik Deutschland mitaufgebaut hat.

Meine Damen und Herren, das war kein Wunder, auch kein Wirtschaftswunder. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach dem Krieg entstanden durch das Wollen, durch den engen Schulterschuß, durch das Miteinander aller Gruppen unserer Gesellschaft, aller Menschen, die guten Willens waren. Und es ist hart gearbeitet worden. Auch damals gab es scharfe Gegensätze der Interessen. Aber man hat besser begriffen, daß jedes Einzelinteresse nur dann gut vertreten werden kann, wenn es eingebunden ist in das Gesamtinteresse. Die Menschen jener Tage – das ist die Generation meiner Eltern – hatten natürlich nur wenige Alternativen. Aber das, was sie getan haben, ging in die richtige Richtung.

Wer sich daran erinnert, weiß, daß wir keinen Grund haben, in Pessimismus zu versinken. Es gibt zwar große Probleme im Ökonomischen und Ökologischen, im Blick auf den Frieden und die Freiheit unseres Landes, nicht zuletzt auf den inneren Frieden.

Aber ich bin überzeugt, daß unser Volk die innere Kraft hat, diese Herausforderungen zu erkennen und zu bestehen.

Daß Lehrer dazu einen ungeheuren Beitrag leisten können, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Wenn ich zurückblicke auf mein eigenes Leben – auf mein Schülerdasein und auch auf die großartigen menschlichen Begegnungen, die ich an der Universität erleben durfte –, dann weiß ich, daß ich auf diesem Weg von meinen Lehrern ganz entscheidend geprägt wurde.

Das Amt des Lehrers ist gerade in unserer Zeit mit ihren Klippen und Untiefen schwieriger, ganz gewiß aber auch wichtiger geworden. Wenn Sie auf Ihrem Weg einen Weggefährten brauchen, ich möchte einer sein.

Zur Rolle der politischen Parteien

Friedrich Carl Schilling, epd-Korrespondent in Bonn, führte mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, dem Staatsminister im Kanzleramt Friedrich Vogel, nachfolgendes Interview:

Evangelischer Pressedienst: Laut Grundgesetz sollen die Parteien bei der politischen Willensbildung „mitwirken“. Sie haben also kein Monopol, auch andere gesellschaftliche Gruppen müßten „mitwirken“ können. Meinen Sie, daß dies in ausreichendem Maße möglich ist?

Staatsminister Vogel: Es trifft zu, daß das Grundgesetz den politischen Parteien kein Monopol bei der politischen Willensbildung des Volkes einräumt. Tatsächlich wirken auch viele andere Kräfte auf diese Willensbildung ein, die jeweils spezifische Interessen organisieren und nicht immer nur offen, sondern oft eher subtil Einfluß nehmen. Da wären die Verbände zu nennen, die Gewerkschaften und die Kirchen. In einer pluralistischen Gesellschaft kann das gar nicht anders sein. Nicht zuletzt sind die Parteien selbst Ziel dieser vielfältigen Einflußnah-

men. Der politische Integrationsprozeß läuft sozusagen aus den unterschiedlichsten Interessensfeldern der Gesellschaft in die Parteien hinein und durch diese hindurch zu den politischen Entscheidungsinstitutionen, vor allem also zu den Parlamenten.

Die tatsächliche Macht der Parteien hängt mit der repräsentativ verfaßten parlamentarischen Demokratie zusammen sowie damit, daß Abgeordnetenmandate fast nur noch über die Parteien vermittelt werden. Wer Einfluß auf die Entscheidungen der Parlamente neh-

men will, erreicht dies am ehesten durch persönliches Engagement in einer der Parteien, weil er nur so bei den Sach- und Personalentscheidungen mitwirken kann, die den parlamentarischen Entscheidungen vorgelagert sind.

epd: Was halten Sie von dem Vorwurf, in der Bundesrepublik gebe es eine Oligarchie, also die „Herrschaft der Wenigen“, die in den Parteien über die Kandidatenauswahl und in den Fraktionen über die Politik entscheiden? Ist die Kritik berechtigt, daß die Mehrheit der Parteimitglieder und die meisten Abgeordneten praktisch nichts bewirken könnten?

Vogel: Die Bundesrepublik Deutschland ist auch nicht entfernt mit einer „Oligarchie“ zu vergleichen. Nur ein verkrampftes Verhältnis zur Wirklichkeit in unserem Staat kann zu einem Vergleich mit Herrschaftskasten, wie wir sie etwa in kommunistischen Diktaturen vorfinden, gelangen. Häufig steht hinter einer solchen Wertung die Arroganz von Leuten, die sich selbst für das politische Geschäft zu fein sind: „Politisch Lied, ein garstig Lied“ – nach dieser Melodie singen immer noch viele, die sich in den komplizierten Vorgängen politischer Willensbildung in einer parlamentarischen Demokratie nicht zurechtfinden.

In der Ausübung seines Mandats ist der Parlamentarier „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur seinem Gewissen unterworfen“. Diese Verbürgung des freien Mandats ist nicht blauäugig. Nur wäre es wirklichkeitsfremd zu übersehen, daß jeder Abgeordnete auch eingebunden ist in die arbeitsteilige Organisation von Parteien und Fraktionen und nur in diesen Strukturen sein Arbeitsfeld finden kann. Daß nur eine Minderheit von Abgeordneten im Rampenlicht steht, darf nicht über die starke Stellung des einzelnen Abgeordneten hinwegtäuschen. Jeder, der einer Fraktion oder einer ihrer Arbeitsgruppen vorsitzt, kann ein Lied davon singen, wie eigenständig und eigenwillig Parlamentarier sind. Da wird nicht auf Knopfdruck strammgestanden. So ist das auch in den Parteien. Ein Mitglied, das sich mit der Existenz einer Karteileiche begnügt, nimmt seine Chance der Mitwir-

kung nicht wahr und hat kein Recht, sich zu beklagen. Leider sind die aktiv Mitwirkenden immer nur eine Minderheit. Aber diese Aktivitas weiß sehr wohl, daß ihre Entscheidungen der Mehrheit zumutbar sein müssen. Manche Mitglieds- und Delegiertenversammlungen haben schon für unliebsame Überraschungen gesorgt, wenn solche Weisheit gefehlt hat.

epd: Finden Sie es gut, daß man heute in der Bundesrepublik von „etablierten“ Parteien – oder, mit unterschwelliger Kritik an einem vermeintlich überholten System, von „Altparteien“ – reden kann?

Vogel: Die Formel von den „etablierten“ Parteien ist in verräterischer Weise undemokratisch, wenn nicht sogar demokratiefeindlich. Dahinter steht eine Ablehnung des gesamten Systems. Daran ist die Weimarer Demokratie zugrunde gegangen. In den politischen Parteien, die als „etabliert“ heruntergemacht werden sollen, wirken durchweg bewährte Demokraten. Wer von „etabliert“ daherredet, muß oft erst noch beweisen, daß er es mit der Demokratie gut meint, daß er Freiheit immer auch als die Freiheit des Andersdenkenden versteht, tolerant und zum Kompromiß fähig ist. Es sind oft die Kompromißlosen, die die Wahrheit für sich allein beanspruchen, die mit der Formel „etabliert“ den „Altparteien“ die Existenzberechtigung bestreiten und damit das Undemokratische ihres Denkens und Tuns bloßlegen. Das Verhalten der „Grünen“ im Deutschen Bundestag vermittelt manchmal eine Ahnung von derartiger demokratischer Unkultur.

epd: Was sagen Sie zu der Behauptung, die Amts- und Mandatsträger dieses „Establishments“ würden, unbeschadet ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit, immer auch materiell füreinander sorgen?

Vogel: Eine solche Behauptung ist zu pauschal und kann schon deshalb nicht zutreffen. Wenn damit gemeint sein sollte, daß die Abgeordneten selbst über ihre Bezüge entscheiden, stellt sich die Gegenfrage, wer denn sonst legitimiert wäre, darüber zu bestimmen. Einen anderen Weg als die Parlamentsentscheidung gibt es nicht. Eine andere Frage ist, wie das Parlament das Verfahren zur Festsetzung der Bezüge regelt. Ich ziehe die

direkte Entscheidung durchs Parlament jeder mittelbaren Entscheidungsfindung vor. Sie nötigt das Parlament zu Auseinandersetzungen mit der öffentlichen Kritik. Niemand sollte behaupten, daß die Parlamente sich darüber hinwegsetzten. Weil das Gegenteil richtig ist, haben die Abgeordneten erhebliche Einbußen in ihren Realeinkommen erlitten, wie sich das keine der kritischen Gruppen gefallen lassen würde. Diätenerhöhungen sind bei uns derartig tabuisiert, daß ich besorgt frage, ob wir nicht mit einem deutlichen Qualitätsverlust in unseren Parlamenten rechnen müßten, wenn der Druck der öffentlichen Meinung selbst bescheidene Erhöhungen der Abgeordnetenbezüge verhindert.

epd: Stichwort „materielle Absicherung der Mandatsträger“: Wäre der Vorwurf berechtigt, daß „man“ in Bonn in dieser Frage allzusehr in Beamten-Kategorien denke und, zumal als politischer Beamter, in zu kurzer Zeit zu hohe Versorgungsansprüche erwerben könnte?

Vogel: Die Zeiten, in denen man ein Abgeordnetenmandat neben- und ehrenamtlich wahrnehmen konnte, gehören der Vergangenheit an. Abgeordnetentätigkeit ist zu einem Fulltime-Job geworden mit einem Arbeitsaufwand von häufig mehr als zwölf Stunden am Tage. Dem Grundsatz der Chancengleichheit in einem demokratischen Staat würde es widersprechen, wenn nur diejenigen, die gut betucht sind, sich eine solche Tätigkeit leisten könnten. Das aber führt zwangsläufig dazu, die Abgeordneten nicht nur während der Ausübung des Mandats angemessen finanziell auszustatten, sondern ihnen auch eine Altersversorgung zu sichern. Abgeordneter ist ein Beruf wie andere.

Wer dem Bundestag sechs Jahre angehört hat, erhält, wenn er 65 Jahre alt wird, 25 Prozent der Abgeordnetenbezüge von z. Z. 7 820 DM, also 1 955 DM an Altersentschädigung. Für jedes weitere Jahr der Zugehörigkeit erhöht sie sich um 5 Prozent, so daß nach 16 Jahren Abgeordnetentätigkeit der Höchstanspruch von 75 Prozent erreicht ist. In der Regel geht dem Mandatserwerb eine oft viele Jahre lange Kärner-Arbeit in einer politischen Partei voraus, die mit gro-

Bei dem Zeitaufwand ehrenamtlich geleistet wird. Ohne dieses Engagement vieler Mitglieder, von denen dann nur wenige ein Mandat erwerben, könnten die Parteien ihre Aufgabe nicht erfüllen. Was die Versorgungsansprüche der politischen Beamten angeht: Das sind Leute, die mit täglicher Kündigung rechnen müssen und für die dann oft die beruflichen Möglichkeiten auf Null reduziert sind. Im übrigen stehen die jetzigen Regelungen für politische Beamte in einer langen Tradition und geben keinen Anlaß, unsere derzeitige Ordnung anzugreifen.

epd: Ein kritischer Schriftsteller hat das herrschende Parteien-System als „Kleptokratie“ bezeichnet, als Selbstbedienungsladen der Inhaber von Macht. Was sagen Sie zu diesem Urteil?

Vogel: Wer sich so äußert, macht von vornherein ein rationales Argumentieren unmöglich. Aus solchen modischen Formeln spricht der Hochmut einer selbsternannten Elite, die sich prinzipiell fernab der Politik bewegt und der politischen Arbeit in den Parteien im Grunde zutiefst zuwider ist.

epd: Was halten Sie von dem offensichtlich zunehmenden Einfluß von Parteizugehörigkeit auf die Besetzung wichtiger, im Idealfall unparteilicher Ämter in Rechtsprechung und Verwaltung sowie bei öffentlich-rechtlichen Institutionen?

Vogel: Mit Recht besteht eine Aversion gegen eine Personalpolitik, die sich am Parteibuch orientiert statt an der für ein Amt zufordernden Qualifikation. Nur: Ich kann den Eindruck zunehmender Parteibuchpolitik, wenn Sie das mit Ihrer Frage gemeint haben sollten, so pauschal nicht bestätigen. Die Zugehörigkeit zu einer der demokratischen Parteien darf kein Nachteil bei der Besetzung wichtiger Ämter sein. Einer demokratischen Partei anzugehören, macht auch nicht unfähig zur unparteilichen Wahrnehmung eines Amtes. Es ist ja auch keineswegs eine Garantie für die Fähigkeit, sachbezogen und unparteilich zu sein, wenn jemand keiner Partei angehört.

Jede Form von Ämterpatronage, bei der der weniger Tüchtige allein wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Partei bevorzugt wird, lehne

ich ab. Ich kann nicht bestreiten, daß es auch solche Fälle gibt. Sie sind aber weniger zahlreich, als häufig angenommen wird. Ich möchte aber auch sagen, daß ich unter zwei gleich qualifizierten Bewerbern grundsätzlich den bevorzugten würdige, der sich als Mitglied in einer demokratischen Partei engagiert, wobei es für mich eher nebensächlich ist, ob er meiner Partei oder einer anderen angehört. Die Lauen, die sich gegenüber dem demokratischen Staat mindestens neutral verhielten, haben vor einem halben Jahrhundert wesentlich zum Scheitern der damaligen Demokratie beigetragen. Gerade im öffentlichen Dienst brauchen wir engagierte Demokraten.

epd: Union und Sozialdemokratie haben soviel Anhang, daß auf absehbare Zeit immer mindestens eine dieser Parteien Regierungsverantwortung tragen wird. Wird sich daneben eine „dritte Kraft“, behaupten bzw. entwickeln können, oder befindet sich die Bundesrepublik auf dem Wege zum Zwei-Parteien-System?

Vogel: Diese Frage wird von den Wählern entschieden. Unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts haben dritte, vierte oder fünfte Parteien relativ günstige Ausgangsbedingungen, auch wenn man die Fünf-Prozent-Klausel berücksichtigt. Ernsthaft fordert niemand mehr ein Mehrheitswahlrecht.

Ich glaube, daß neben den beiden großen auch in Zukunft weitere Parteien parlamentarisch existieren werden. Ob die F.D.P. weiterhin dazu gehört, wird in erster Linie von ihr selbst bestimmt, nicht von den beiden großen. Ob die „Grünen“ in Zukunft ein politischer Faktor sein werden, hängt davon ab, welches Verhältnis sie zur parlamentarischen Demokratie entwickeln.

Die „Grünen“ sind im übrigen ein Beweis dafür, daß die immer wieder behaupteten „verkrusteten Strukturen“ die Entwicklung neuer Parteien nicht behindern oder gar verhindern. Auch ein Zwei-Parteien-System würde an der Qualität unserer parlamentarischen Demokratie prinzipiell nichts ändern. Ich vermute jedoch, daß die Pendelausschläge bei einem Machtwechsel in einem Zwei-Parteien-System stärker sein würden, als

unter den Bedingungen, in denen bislang in der Bundesrepublik regiert worden ist. Persönlich ziehe ich Stetigkeit, wie wir sie bisher erlebt haben, den kräftigen Pendelausschlägen vor.

epd. Halten Sie es für richtig, daß die politischen Parteien jetzt nach der Europa-Wahl die Möglichkeiten des Parteien-Finanzierungsgesetzes voll ausnutzen und sich aus Steuermitteln Wahlkampfkosten „erstaten“ lassen, die in dieser Höhe gar nicht entstanden waren? Könnten die Parteien nicht auch sagen: Wir nehmen die 220 Mio. DM nur zu 57 Prozent in Anspruch, entsprechend der Wahlbeteiligung?

Vogel: Die Regelung der Wahlkampfkostenerstattung bei der Europawahl entspricht der bei der Wahl zum Deutschen Bundestag. Man kann darüber streiten, ob der bei uns gewählte Weg staatlicher Parteienfinanzierung der Weisheit letzter Schluß ist. Er ist das Ergebnis einer nicht immer ganz einsichtigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Chancengleichheit der politischen Parteien. Auf jeden Fall stehe ich dazu, daß die politischen Parteien in ihrer Arbeit auch mit staatlichen Mitteln unterstützt werden.

Die Aufwendungen für die Arbeit der Parteien und vor allem auch für die Wahlkämpfe sind im übrigen unabhängig davon, wie hoch die von vielen Zufälligkeiten abhängende jeweilige Beteiligung an Wahlen ist. Die Wahlbeteiligung ist deshalb kein geeignetes Bemessungskriterium für die Höhe der Wahlkampfkostenerstattung.

Unsere Autoren:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn

Karl Lamers, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Dr. Dieter Lingenberg
Gervinusstraße 4
4300 Essen 1

Pfarrer Reiner Vogels
Schonnebeckhöfe 1
4300 Essen 13

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister des Innern
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Deutsche Interessen in Zentralamerika?

Karl Lamers

Der Autor unseres nachfolgenden Beitrages, Karl Lamers, gehört dem Deutschen Bundestag in der zweiten Legislaturperiode an. Er ist geschäftsführender Vorsitzender der Karl-Arnold-Stiftung in Bonn-Bad-Godesberg und Vorsitzender des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU.

Die Heftigkeit der Diskussion in der Bundesrepublik über Zentralamerika steht in keinem Verhältnis zu der Geringfügigkeit der unmittelbaren außenpolitischen deutschen Interessen in dieser Region. Dieses Auseinanderklaffen erklärt sich allein aus der Verwicklung der USA in die dortige Krise. Sie ist ein eindringliches Beispiel dafür, daß dem Bündnis aus der Dritten Welt nicht nur infolge unterschiedlicher Sichtweisen der Regierungen Schwierigkeiten erwachsen; auf Dauer ist auch das Echo auf die amerikanische Politik – gestern in Vietnam und im Iran, heute in Zentralamerika – bei einflußreichen Teilen der demokratischen Gesellschaften Europas eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt des Bündnisses.

Die Notwendigkeit, einer solchen Entwicklung zu begegnen, steht im Vordergrund des deutschen außenpolitischen Interesses an Zentralamerika. Doch neben diesem mittelbaren und aktuellen steht ein unmittelbares und langfristiges Interesse von größter Bedeutung. Zentralamerika ist ein Teil Lateinamerikas, das zwar unter wirtschaftlichen Modernitätsgesichtspunkten ein Teil der Dritten Welt ist, historisch, kulturell und weitgehend auch ethnisch aber ein Sproß der westlichen Völkerfamilie bildet. Es wird für die künftige Stellung des Westens von grundlegender Bedeutung sein, ob die außenpolitische Grundorientierung der Staaten Lateinamerikas diesen Gegebenheiten entspricht. Ihre Antwort auf diese weit in die Zukunft reichende Frage wird wesentlich auch von der Antwort der USA und der Europäer auf die gegenwärtigen Krise in Zentralamerika bestimmt. Aufgabe der

deutschen Zentralamerikapolitik muß es daher sein, den Völkern dieser Region bei der Verwirklichung ihrer vitalen Ziele zu helfen. Diese sind: innere und äußere Selbstbestimmung, Demokratie und Unabhängigkeit. Von ihnen hat Octavio Paz, ein ebenso hervorragender Poet wie politischer Denker, einmal gesagt: „Demokratie und Unabhängigkeit sind komplementäre, voneinander untrennbare Wirklichkeiten.“ Die erstere verlieren heißt, die letztere verlieren – und umgekehrt. Man muß den Lateinamerikanern helfen, den doppelten Kampf zu gewinnen, den der Demokratie und den der Unabhängigkeit.“

In dieser doppelten und untrennbaren Zielsetzung liegt das Dilemma der USA in Zentralamerika begründet. Im Kampf um Demokratie sind sie potentiell Verbündete; beim Kampf um Unabhängigkeit Gegner, weil sie gerade dort bislang eine sehr dominierende Stellung innehatten. Diese haben sie mit Hilfe von Kräften ausgeübt, die zwar ihre demokratische Gesinnung durch lautstarken Antikommunismus unter Beweis zu stellen trachteten, in Wirklichkeit aber korrupt und oft blutige Ausbeuter waren. Die USA haben aus diesen Fehlern gelernt, wie ihre Unterstützung der Christdemokraten in El Salvador und die Behandlung der rechtsradikalen ARENA zeigen. Der Sieg Duarte bei den Wahlen am 6. Mai dieses Jahres hat die Chance – auch der USA – für eine friedliche und demokratische Lösung des Konfliktes in diesem Lande verbessert. Der nunmehr demokratisch legitimierte Präsident war schon als tapferer und populärer Politiker bekannt. In den wenigen Wochen seiner Amtszeit hat er sich auch als kluger Staatsmann erwiesen, der umsichtig begonnen hat, die Armee des Landes der zivilen Autorität unterzuordnen und den zögernden privatwirtschaftlichen Sektor vor allem mit Hilfe des angesehenen früheren Außen-

ministers Chaves Mena zur Mitarbeit zu gewinnen sucht, der die Guerilleros zum Dialog einlädt und der vor allem – jedenfalls bis jetzt – das Morden der Todesschwadronen weitgehend eingedämmt hat. Aber natürlich sind die Probleme El Salvadors noch nicht annähernd gelöst. Vor allem wird weiter gekämpft, und die Hauptfrage, wie der Frieden wiederhergestellt werden soll, ist zugleich die entscheidende Frage für die innere Entwicklung des Landes.

Militärisch ist die Lage durch ein Patt gekennzeichnet. Der Versuch, die Guerilleros militärisch zu besiegen, setzte eine erhebliche Steigerung der amerikanischen Hilfe, ja wahrscheinlich den Einsatz von US-Kampfgruppen voraus. Die Streitkräfte blieben bei einer solchen Politik die entscheidende Macht im Lande, denn eine Armee, auf die man zum Siegen angewiesen ist, kann man nicht zugleich zu einer grundlegenden Änderung ihrer Rolle und ihres Selbstverständnisses zwingen. Und wäre einer siegreichen Armee die Macht leichter zu entwinden? Eine Siegstrategie und die Etablierung einer Demokratie, die sich in El Salvador wie in ganz Lateinamerika durch tiefgreifende soziale Reformen, gegen die sich der Widerstand der mit dem Militär verfilzten Oligarchie richtet, legitimieren muß, schließen sich aus. Daher ist der Weg, den Napoleon Duarte gehen will, den Frieden durch Dialog zu gewinnen, der richtige. Der Vorschlag ist nicht blauäugig. Auch bei ihm spielte das militärische Element eine, aber nicht die entscheidende Rolle. Zweck wäre es, der Guerilla zu zeigen, daß sie auch in Zukunft keine Chance hat, militärisch zu siegen. Nur dann werden sich die politischen Führer der Guerilla in der FDR auf einen Dialog einlassen. Sie wissen, daß auch sie bei einer militärischen Lösung den kürzeren gegenüber den kämpfenden Truppenführern zögen. Wahrscheinlich würden nicht alle kämpfenden Teile

der politischen Führung folgen, aber eine Guerilla ohne politischen Kopf verkommt zu einer Räuberbande. Die Meinungsbildung in der FDR wird sehr stark von dem Echo beeinflusst werden, das Duarte für seine Politik in der internationalen Öffentlichkeit findet, denn auch sie ist ebenso wie der Präsident entscheidend von internationaler Unterstützung abhängig. Hier kann die Bundesregierung eine hervorragende Rolle bei ihren europäischen Freunden spielen. Frankreich ist seit längerem auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht seiner Politik in Zentralamerika. Spanien spielt unter Filipe Gonzales eine sehr konstruktive Rolle in der Region und hat in Lateinamerika-Fragen einen sehr starken Einfluß auf die Sozialistische Internationale. Sicher hat auch das zu der respektvollen Würdigung Duartes und der Christdemokraten in El Salvador durch Hans-Jürgen Wischnewski in der Debatte des Bundestages vom 27. Januar 1984 beigetragen. Das ist ein bedeutender Sachverhalt, weil es darauf ankommt, nicht nur die diplomatische Unterstützung durch die europäischen Staaten, sondern auch die politische durch alle europäischen Parteilfamilien für das schwierige demokratische Unterfangen Duartes zu mobilisieren. Dies würde vor allem die Hauptaufgabe erleichtern, in einer gemeinsamen europäischen Anstrengung die USA von den Vorteilen einer Strategie des „Friedens durch Dialog“ zu überzeugen: Sie wäre in den USA selbst konsensfähig, fände die Unterstützung der europäischen Verbündeten und die der Lateinamerikaner, deren Verdacht stets virulent ist, hinter einer möglichen militärischen Lösung stehe vor allem der Versuch gerade der gegenwärtigen Administration in Washington, die alte Machtposition in Zentralamerika wiederzuerrichten, also Unabhängigkeit zu versagen. Die Wiederherstellung des Friedens durch Politik und der Erfolg der Demokratie durch soziale Gerechtigkeit in El Salvador wären zugleich ein Element der Eindämmung der revolutionären Gefahr Nicaraguas. Auch hier wäre eine Politik des Containment besser als eine des – militärischen – Rollback. Ein deutscher Beitrag zu einer solchen Entwicklung in Zentralamerika wirkte zu-

gleich besser als alle Worte der Kritik an den USA entgegen. Es lohnt sich also für die Bundesregierung, Napoleon Duarte bei der Suche nach Frieden nachdrücklich durch Diplomatie und bei dem Streben nach Gerechtigkeit massiv durch Entwicklungshilfe zu unterstützen.

(Der BFA Entwicklungspolitik hat am 25. Juni 1984 einen Beschluß zur Verschuldungsproblematik der Entwicklungsländer gefaßt. Das

Papier ist über den Geschäftsführer des BFA Entwicklungspolitik, Herrn Markstahler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, erhältlich.)

Losung für den Monat September

Dein Wort ist meines Herzens Freude und Trost; denn ich bin ja nach deinem Namen genannt.

Jeremia 15,16

Veranstaltungen und Termine

13. Oktober 1984:

Landestagung des EAK-Hannover in Braunschweig.

Anmeldungen sind zu richten an die EAK-Landesvorsitzende, Frau Pastorin Gesa Conring, Beekestraße 105, 3000 Hannover 91 (Tel. 05 11 / 1 24 14 24).

20. Oktober 1984:

Landestagung des EAK-Württemberg in Ludwigsburg.

Anmeldungen sind zu richten an den EAK-Landesvorsitzenden Herrn Uwe Wienholz, Thomas-Mann-Straße 21, 7120 Bietigheim-Bissingen (Tel. 0 71 61 / 2 30 30).

23. bis 25. Oktober 1984:

Fachtagung des Bildungswerkes der Konrad-Adenauer-Stiftung für Presbyter und Pastoren in der Politischen Akademie Eichholz, Wesseling/bei Bonn, zum Thema „**Deutsche Evangelische Kirchentage – Perspektiven christlicher Laientreffen**“.

Die Veranstaltung hinterfragt Zielsetzung, Strukturen und Inhalte der Kirchentage.

Anmeldungen sind an den Tagungsleiter, Herrn Antonius Halbe, Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische Akademie Eichholz, 5047 Wesseling (Tel. 0 22 36 / 707-223) zu richten.

27. Oktober 1984

Tagung des EAK der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme zum Thema „Landwirtschaft im Spannungsfeld“.

Es sprechen u.a.: Pastor Fritz Brandt, Landeskirchenrat Herbert Rösener, CDU-Kreisvorsitzender Uwe Hügelmann und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Wolfgang von Geldern, MdB.

Anmeldungen sind zu richten an den EAK-Kreisvorsitzenden Albert Rathjen, Bahnhofstraße 42, 2740 Bremervörde (Tel. d. 0 47 61 / 22 21, p. 0 47 61 / 66 86).

10. November 1984:

Landestagung des EAK-Hessen in Marburg.

Anmeldungen sind zu richten an den EAK-Landesvorsitzenden, Herrn Arnulf Borsche, Lyoner Straße 23, 6000 Frankfurt/Main 71, (Tel. 0 69 / 661-25 70).

27. November 1984:

Landestagung des EAK-Hamburg in Hamburg.

Anmeldungen sind zu richten an den EAK-Landesvorsitzenden, Herrn Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB, Sievekingallee 10, 2000 Hamburg 26 (Tel. 0 40 / 2 57 98-482).

Zur Diskussion gestellt: Umgemeindung

Reiner Vogels, Pfarrer; Dr. jur. Dieter Lingenberg Essen, stellvertretender Landesvorsitzender des EAK der CDU Rheinland:

Im Januar hat die rheinische Landessynode beschlossen, es den Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen zu gestatten, Kirchensteuermittel für den Antirassismus-Sonderfonds des Ökumenischen Rats der Kirchen zu verwenden. Bekanntlich werden aus dem Sonderfonds unter anderem auch „Befreiungsbewegungen“ wie die SWAPO und der ANC unterstützt, die mit Waffengewalt und terroristischen Anschlägen für eine Gleichberechtigung der Rassen im südlichen Afrika kämpfen. Ohne Zweifel ist durch die materielle Unterstützung dieser Organisationen eine moralische Rechtfertigung der Gewalt gegeben, auch wenn die Gelder bestimmungsgemäß nicht für Waffenkäufe verwandt werden dürfen. Abgesehen davon, daß der Ökumenische Rat auf einen Verwendungsnachweis für das Geld verzichtet hat, entlastet der Sonderfonds die Etats der „Befreiungsbewegungen“ und erweitert damit ihren finanziellen Spielraum für militärische Zwecke.

Der Beschluß der rheinischen Kirche hat den Charakter einer Zwangsmaßnahme: Auch diejenigen Gemeindeglieder, die in ihrem Gewissen gebunden sind und aufgrund ihrer z.T. höchst sachkundigen Einschätzung der Lage im südlichen Afrika für einen friedlichen und evolutionären Weg zur rassischen Gleichberechtigung eintreten, sollen gezwungen werden können, mit ihren Kirchensteuern Gewalt zu fördern. Die rheinische Kirche steht mit ihrer Entscheidung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland völlig isoliert da. Der Synodalbeschluß vom Januar ist zu einer schweren Belastung für den Konsens innerhalb der rheinischen Kirche und in der EKD geworden.

Obwohl wir für uns und für viele andere bei der Durchführung des Beschlusses außerordentlich bedrückende Gewissenskonflikte voraussehen, möchten wir vor einem Auszug aus der rheinischen Kirche warnen. Stattdessen stellen wir einen Vorschlag zur Diskussion,

der einen Weg aus der Gewissensnot freigegeben könnte:

Die Kirche sollte es denjenigen Gemeindegliedern, deren Wohnsitzkirchengemeinde Kirchensteuern an den Sonderfonds überweist, ermöglichen, zu einer anderen Kirchengemeinde zu gehören. Das Gemeindegliederzugehörigkeitsgesetz vom 9. 1. 1980, das heute schon Umgemeindungen erlaubt, sollte entsprechend erweitert werden. Zur Wahrung der grundsätzlich parochialen Gliederung der Kirche sollte die Umgemeindung von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden:

1. Das betreffende Gemeindeglied muß in seinem Umgemeindungsantrag seine Gewissensgründe gegenüber einer urteilsfähigen kirchlichen Instanz glaubhaft machen.
2. Die aufnehmende Gemeinde sollte möglichst nahe am Wohnort liegen. Sie muß sich für einen gewissen Zeitraum verpflichten, keine Kirchensteuern an den Sonderfonds zu überweisen.
3. Der Umgemeindungsbescheid sollte befristet sein bei möglicher

cher Verlängerung. Er sollte automatisch aufgehoben werden, wenn die Wohnsitzkirchengemeinde verbindlich erklärt, daß sie in Zukunft auf die Verwendung von Kirchensteuergeld für den Sonderfonds verzichtet.

4. Nach außen sollte die Parochialstruktur intakt bleiben. Deshalb sollten die Kirchensteuern weiterhin an die Wohnsitzgemeinde gezahlt werden; diese sollte aber verpflichtet sein, sie in voller Höhe an die aufnehmende Gemeinde weiterzuleiten. Im Computerzeitalter dürfte dies technisch leicht möglich sein.

Wir sind überzeugt, daß es der freiheitlichen Tradition reformatorischer Kirchen entspricht, wenn so der Gewissensnot abgeholfen wird. Die Freiheit eines Christenmenschen darf nicht durch die Mehrheitsentscheidung eines Presbyteriums aufgehoben werden.

Zur Durchsetzung einer solchen Regelung ist es notwendig, daß alle Betroffenen im Vorgriff darauf schon jetzt Umgemeindungsanträge an die Kirchenleitung richten.

Kurz notiert

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung aufgefordert, jeweils im 2. Quartal eines jeden Jahres einen Bericht zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der Veränderungen im militärischen Kräfteverhältnis vorzulegen.

Der 3. Bericht für 1984 enthält eine Reihe von Erweiterungen. Hinzugefügt sind Grundaussagen zu den Militärstrategien des Nordatlantischen Bündnisses und des Warschauer Pakts. Im Rahmen der Darstellung des Kräfteverhältnisses werden erstmals Probleme der Wechselwirkung zwischen Rüstungskontrolle und Einführung neuer Waffen umrissen.

Die Abrüstungsdebatte in den Vereinten Nationen ist ausführlich behandelt. Ferner werden Vorstellungen von Staaten der Dritten Welt zur Rüstungskontrolle und Abrüstung einschließlich des Waffentransfers dargestellt.

(Der Bericht ist über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Welckerstraße 11, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28 / 20 81, erhältlich.)

Zum gleichen Thema lesen wir in der „Vorschau“ auf den 21. Deutschen Evangelischen Kirchentag – 5.–9. Juni 1985 in Düsseldorf –, daß von den Regierungen immer noch nicht zur Kenntnis genommen werde, daß Rüstung und Nord-Süd-Konflikt nicht voneinander zu trennen seien. Unter der Überschrift „Der Hunger und die Rüstung“ wird auf die

Ermittlungen der amerikanischen Sozialwissenschaftlerin Ruth Leger Sivard hingewiesen:

– In jeder Minute werden weltweit 1,3 Millionen Dollar für Militärausgaben verbraucht. In der gleichen Minute sterben 30 Kinder aus Mangel an Nahrung und Impfstoffen. Das sind 16 Millionen Kinder in einem Jahr.

(Die 48seitige Kirchentagsvorschau ist über die Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Magdeburger Straße 59, 6400 Fulda, erhältlich.)

Wir müssen anders leben, damit andere überleben

Mit mehr als zwei Millionen DM haben 120 CDU-Kreisverbände insgesamt 134 Entwicklungshilfeprojekte in 38 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas unterstützt. Diese erfreuliche Bilanz ist das Ergebnis der vor rund zwei Jahren begonnenen CDU-Aktion „Dritte Welt“. Mit ihr hat die CDU den Schritt von der Theorie zur Praxis getan und zugleich überall in der Bundesrepublik Anstöße für private Initiativen gegeben. Ein entsprechendes „Aktions- und Informationshandbuch Dritte Welt“ ist über die CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1 (Telefon 02 28 / 544-477) erhältlich.

Bundesminister Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU:

„Bei der CDU-Aktion „Dritte Welt“ geht es nicht um Millionenprojekte, sondern um eine möglichst große Zahl überschaubarer und überzeugender Einzelvorhaben, die dazu beitragen, die wirtschaftliche und soziale Not in der Dritten Welt zu lindern. Ziel ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Folgende Projekte wurden bisher von der CDU gefördert:

- **Land- und Fischereiwirtschaft:** Bau von Brunnen, Bewässerungsanlagen und Vorratshäusern; Ankauf von Land, landwirtschaftlichen Maschinen, Ackergeräten und Saatgut; Anschaffung von Fischerbooten und Netzen.
- **Gesundheitswesen:** Ausbau von Krankenhäusern, Unterstützung bei den laufenden Kosten zur Sicherung der medizinischen Versorgung; Kauf von Krankenwagen, Rollstühlen und Medikamenten; Einrichtung von Leprostationen, Behindertenheimen und Sozialstationen.
- **Bildung und Ausbildung:** Einrichtung und Unterstützung von Vorschulkindergärten, Kinder- und Jugenddörfern; Bau von Schulen und Ausbildungszentren; Patenschaften für Kinder; Übernahme der Kosten für Schulspeisung.

– **Handwerk und Gewerbe:** Kauf von neuen oder die Überlassung gebrachter Maschinen und Werkzeuge.

Die Mittel für die Dritte-Welt-Aktion wurden von den einzelnen CDU-Verbänden durch Sammlungen, Informationsveranstaltungen, Seminare und Ausstellungen, Verkauf von Waren aus der Dritten Welt und eigenen Handarbeiten bei Bazaren und Straßenfesten sowie durch gesellige Feste, Theateraufführungen und Rockkonzerte aufgebracht. Bei 78 Projekten dauert die Unterstützung an; 87 Projekte sind bereits wieder von den Kreisverbänden geplant.

Die Kreisverbände der CDU treten mit ihrem Engagement nicht in Konkurrenz zu den kirchlichen Hilfswerken oder anderen Entwicklungshilfeorganisationen, sondern sie arbeiten mit diesen intensiv zusammen. So sind Kontakte zur evangelischen und katholischen Kirche hier und in der Dritten Welt entstanden, zu den kirchlichen Hilfswerken, zu staatlichen oder sonstigen Entwicklungshilfeinstitutionen, Dritte-Welt-Gruppen und Solidaritätskomitees, die in den meisten Fällen noch andauern.“

Politische Verantwortung der Kirche im Sinne mittragender Wegbegleitung

Wien: Mit dem Stichwort „mittragende Wegbegleitung“ charakterisierte Bischof Dieter Knall das Verhältnis der Evangelischen Kirche zum Staat in Österreich. Bei einem Gespräch mit dem Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Alois Mock, im Rahmen einer Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der ÖVP (EAK der ÖVP) in Wien betonte der Bischof, daß evangelische Christen in allen demokratischen Parteien mitarbeiten können und sollen. Auch Staat und Parteien könnten auf Dauer nicht auf Menschen verzichten, die ihr Handeln an christlichen Grundsätzen orientieren. Die evangelische Kirche, so Bischof Knall, ist offen für alle, um das Wort des Herrn der Kirche allen Menschen und ihren Parteien zugänglich und verstehbar zu machen. Bezugnehmend auf die Geschichte der Evangelischen in Österreich, die über Jahrhunderte kein Heimatrecht in diesem Land hatten, hob Bischof Knall besonders das konstruktive und partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat, Parteien und evangelischer Kirche heute hervor.

Dr. Alois Mock trat für eine Kirche ein, die den Mut hat, im Sinne einer freien impulsgebenden Gemeinschaft ihre Beiträge einzubringen. Gerade von einer Kirche kann dies nach Auffassung Mocks erwartet werden, weil sie nicht auf Wahlergebnisse Rücksicht nehmen muß. Seine Partei, die ÖVP, sei keine

katholische Partei, und bei grundsätzlichen Überlegungen am christlichen Menschenbild orientiert.

Mag. iur. Robert Kauer

Auftrag: Frieden

Bonn: 150 Kriege gab es nach Informationen des Deutschen Roten Kreuzes, Bonn, seit Ende des letzten Weltkrieges. 50 Millionen Tote waren die traurige Bilanz dieser inner- und zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, die schwerpunktmäßig in Mittel- und Südamerika, Afrika, dem Vorderen Orient sowie in Südostasien tobten und zum Teil heute noch nicht beendet sind.

Die atomare Aufrüstung in Ost und West verstärkte die leidenschaftlich geführte Diskussion um den Frieden. „Nie wieder Krieg“ lautet die Forderung von Christen in aller Welt. Politiker, Kirchen und Völker mühen sich um die Suche nach den richtigen Wegen, „den Frieden zu wahren, zu fördern und zu erneuern“, wie es die Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland – EKD 1981 formulierte.

Wie aber kann sich der Soldat in der Bundeswehr sehen, der bei seinem Eintritt in die Truppe gelobt „... das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“? Wie sind seine Fragen zu beantworten „Wozu bin ich eigentlich Soldat?“, „Ist es nicht doch richtiger: Frieden schaffen ohne Waffen?“. Diese Fragen junger Wehrpflichtiger fordern Antworten – von Politikern, Kirchen, Eltern und Erziehern.

Mit dem Themenheft „Auftrag: Frieden“, herausgegeben vom Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, Bonn, greift die Militärseelsorge die Problematik auf. Es kann kostenlos angefordert werden bei: Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr, Godesberger Allee 107a, 5300 Bonn-Bad-Godesberg.

Was ist der Ökumenische Rat der Kirchen?

Unter vorstehender Überschrift hat die Kommunikationsabteilung des ÖRK, 150, rue de Ferney, CH-1211 Genf 20, Schweiz, ein Falblatt herausgegeben, das sich u. a. mit nachfolgenden Fragen beschäftigt:

- Was ist der Ökumenische Rat der Kirchen?
- Wie entstand der ÖRK?
- Welche Aufgaben hat der ÖRK?

Der politische Gegner ist kein Feind!

Horst Waffenschmidt

Auf dem Gemeindetag 1984, der am 21. Juni in Essen stattfand, äußerte sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, in zehn Thesen zu vorstehendem Thema.

A. *Es geht um die rechten Umgangsformen, die die Aussage des Themas deutlich machen! Dazu gehört z. B.:*

1. Der faire Wettbewerb der Vorschläge zur Regelung einer politischen Aufgabe. Auch der politische Gegner kann brauchbare Argumente vorbringen.

2. Christen dürfen dafür werben, daß Vorurteile überwunden werden. Dies eröffnet Wege zu sachgerechter Prüfung von Aufgaben und Vorschlägen.

3. Man kann auch eine knallharte Positiv-Werbung für die eigenen

politischen Vorstellungen machen, ohne den politischen Gegner persönlich herabzusetzen.

4. Eine offensive, deutliche und klare Sprache kann durchaus notwendig sein, um Aufmerksamkeit für eigene Argumente zu gewinnen. Dies braucht jedoch nicht in einer allgemeinen Schlammschlacht zu entarten.

5. Die Medien sollten immer wieder gebeten werden, Nachrichten und Informationen nicht zu eskalieren! Solche Praxis verführt nämlich auch zur Überbetonung von Sachverhalten und Gegensätzen.

B. *Bibel, Gebet und Gemeinschaft der Christen eröffnen neue Wege:*

1. Sie geben Mut und auch ein Maß an fröhlicher Gelassenheit zu

der schweren Arbeit im politischen Leben.

2. Sie geben Demut und lassen uns erkennen, daß uns nicht verheißt ist, das Reich Gottes auf Erden zu schaffen.

3. Sie beauftragen uns zum Handeln für die Mitmenschen und für den Staat, aber sie bewahren uns auch vor falschen Vollkommenheitsansprüchen und Absolutheitsvorstellungen.

4. Sie lassen uns auch im politischen Gegner noch den Bruder sehen oder die Schwester, der vielleicht mit uns zusammen für das Wohl des Volkes beten will. So kam in Bonn die Gebetsfrühstückergruppe quer durch alle Parteien zustande.

5. Sie lassen uns nicht mutlos werden, sondern helfen uns, jeden Tag einen neuen Anfang für Leben und Dienst zu machen.

Buchbesprechungen

„Wider die Militarisierung der Gesellschaft: Friedensbewegung und Kirche in der DDR“, Eberhard Kuhrt, herausgegeben als „Forschungsbericht 35“ im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung von Hans-Joachim Veen, Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut; Verlag Ernst Knoth, Melle, 1984, 189 Seiten, 10,80 DM.

Welche Ursachen und Ziele hat die kirchlich inspirierte „Friedensbewegung“ in der DDR? Was verbindet sie mit der bundesdeutschen Friedensbewegung, was unterscheidet sie von ihr? Welches Reformpotential kommt ihr für die gesellschaftliche Situation in der DDR zu?

Bei der Untersuchung dieser Fragen kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß den gesellschaftlichen „Motor“ dieser Bewegung die seit Beginn der 70er Jahre forcierte Militarisierung der Gesellschaft und ihr Mißerfolg bei der Sozialisation der jungen Generation darstellt. „Die sozialistische Wehrerziehung ist die Krankheit, für deren Therapie sie sich hält“. Auf der Grundlage einer sehr gründlichen Analyse von Selbstbekun-

dungen, vor allem in der kirchlichen Diskussion, werden die Ziele der Friedensbewegung vorgestellt. Einige besonders aussagekräftige Dokumente aus dieser Diskussion werden in einem Anhang vereint.

Die entscheidende Ursache der DDR-Friedensbewegung liegt nicht in der sicherheitspolitischen Diskussion der letzten Jahre, sondern in der staatlichen Politik einer Totalerfassung der Gesellschaft. „Raketendiskussion“ und SED-Propaganda gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß waren der Auslöser und boten den aktuellen Anknüpfungspunkt für diese Ausdrucksform einer über längere Zeit latenten Protesteinstellung.

Die evangelische Kirche hat dabei als Diskussionsforum autonomer Friedensinitiativen, aber auch als „Kanalisateur“ dieser Bewegung eine entscheidende Rolle. Mit ihrem Selbstverständnis als autonome, aber loyale „Kirche im Sozialismus“ ist sie die einzige Institution, die eine Vermittlerfunktion wahrnehmen und so zu einer Befriedung der gesellschaftlichen Situation beitragen kann.

Mit dem Angebot einer „auswählenden Mitarbeit“ stellt sie die Staatsführung immer aufs neue vor die Herausforderung einer innergesellschaftlichen Liberalisierung, damit aber zugleich sich selbst unter Erfolgsdruck. „Kirche im Sozialismus“ (als Konzept einer Kooperation) mag möglich sein, – falls die Reformanstöße aufgenommen werden –, „Kirche im Totalitarismus auf die Dauer keinesfalls“.

„So entstand Israel, die Geschichte des Alten Testaments“, Willem J. J. Glashouwer, Hänssler-Verlag, Neuhäuser-Stuttgart, 49,80 DM.

Dieser Band ist der Versuch, das Alte Testament an Hand der allgemeinen Geschichte nachzuerzählen. Er enthält viel Information und einen Schatz an Illustrationen.

Die Geschichte Israels ist nicht von der Geschichte der umliegenden Völker zu trennen. Wer jedoch nach Parallelen der historischen Ereignisse in der Geschichte dieser umliegenden Völker

sucht, wird schon bald enttäuscht sein. Da ist z. B. Ägypten. Hat der Auszug der Israeliten aus diesem Land nur so wenig Eindruck hinterlassen, daß er deshalb in der ägyptischen Geschichte zu fehlen scheint? Waren die Plagen, die dem Auszug vorangingen, vielleicht weniger aufsehenerregend, als die Bibel uns glauben machen will? Viele halten an den biblischen Tatsachen auch dann fest, wenn die außerbiblischen Quellen dagegen sprechen.

Diejenigen, die dieses Buch zusammengestellt haben, geben sich nicht ohne weiteres mit diesem Standpunkt zufrieden. Sie wollen einen Versuch wagen, auf Parallelen in der Geschichte der umliegenden Völker hinzuweisen, haben dabei aber eine alternative Sicht hinsichtlich der Chronologie. Eine Sicht, die natürlich nicht das letzte Wort hat, es aber wert ist, angehört zu werden.

„50 Reden aus dem Deutschen Bundestag (1949–1983)“, Hrsg. Dietrich Rolfmann, Burg-Verlag, Stuttgart/Bonn, 589 Seiten, 48,- DM.

„Lehre und Forschung haben bisher die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vernachlässigt. An unseren Schulen wird sie nur unzulänglich unterrichtet. Viele Mitbürger, die an der jüngeren Geschichte interessiert sind, sind besser über die Zeiten des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des Dritten Reichs informiert als über die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.“ Dies schreibt der Herausgeber, der selbst über 4 Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag angehörte und heute Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe ist. Mit seiner Sammlung möchte er diesem Defizit für den Bereich unseres Parlaments abhelfen. Und so beginnt seine Sammlung denn auch mit der Antrittsrede des neugewählten Bundestagspräsidenten Dr. Rainer Barzel vom 29. März 1983 unter der Überschrift: „Unser Dienst gilt dem deutschen Volk“ und endet mit einer von Zwischenrufen der Grünen durchzogenen Rede von Bundesverteidigungsminister Dr. Manfred Wörner zum Thema „Wehrlosigkeit bringt uns nicht den Frieden!“ vom Juni 1983.

Anhand „großer“ Reden bundesdeutscher Politiker verdeutlicht Rollmann die hohe rhetorische Qualität und Wirkung des gesprochenen Worts, und gerade den Kritikern unseres Parlamentarismus wird deutlich vor Augen geführt, welche Sternstunden dieses Parlament erlebte und immer wieder erlebt. In den Regierungserklärungen, den Er widerungen der Oppositionsführer, den Erklärungen zu epochemachenden politischen Ereignissen, wie der Auseinandersetzung um die Außenpolitik in den 50er und 70er Jahren, wird nicht nur ein wichtiger Abschnitt deut-

scher Geschichte lebendig, es erschließt sich dem Leser auch das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition als maßgeblicher Motor der Politik in einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie.

Dietrich Rollmann hat mit dieser Redensammlung dem Deutschen Bundestag ein nützliches und handhabbares „Denkmal“ gesetzt.

„Der Christ als Staatsbürger“, Walter Künneth, Theologische Verlagsgemeinschaft R. Brockhaus Verlag (Wuppertal) und Brunnen Verlag (Gießen), 220 Seiten, 29,80 DM.

Die grundlegende Ethik von Prof. Dr. Walther Künneth „Politik zwischen Dämon und Gott“ war schon immer ein Geheimtip. 1953 verfaßt und längst vergriffen, machte sie vor allem unter jungen Christen fotokopiert oder antiquarisch die Runde. In den aktuellen politischen Auseinandersetzungen war der „alte Künneth“ als Wegweisung von bleibender Bedeutung. Der Wunsch nach Wiederauflage bekam eine überraschende Antwort: Der große alte Mann der lutherischen Systematik, hochbetagt und geistesscharf, hat uns eine völlig neu geschriebene „ethische Orientierung“ an die Hand gegeben.

Mitten in einer wirren Zeit der Angstpsychosen und Utopien gibt Künneth sachliche und klare biblische Markierungszeichen für den „Christ als Staatsbürger“. Grundlegend beschreibt er den Standort des Christen im Verhältnis von Politik und Moral. Die politisch-ethische Konzeption Luthers behält seine unaufgebbare Gültigkeit. Für Künneth bleibt die reformatorische Zwei-Reiche-Lehre der Schlüssel zu einer biblisch begründeten Ethik. Deren Verzicht hat auch heute wieder zum ideologischen Schwärmertum geführt. Auf diesem Hintergrund entfaltet der Autor das demokratische Staatsverhältnis eines Christen. Dabei scheut sich der streitbare Lutheraner klassischer Prägung nicht, so umstrittene Begriffe wie Ordnung, Widerstand, Verteidigung und Kernenergie mutig anzupacken. Es bleibt nicht bei theologischen Allgemeinplätzen. Und das alles auf knappstem Raum, ergänzt durch brauchbare Anmerkungen und Verweise, systematisch aufgebaut, überschaubar gegliedert und präzise formuliert.

An seinen scharfsinnig-ruhigen und biblisch fundierten Analysen verblaßt so manches, was als evangelikaler Schnellschuß in den letzten Jahren hektisch auf den Buchmarkt geworfen wurde. Künneths radikale Beurteilung des Pazifismus als den Frieden meinentend, aber den Weg zum Krieg bereitend, wird genug Diskussionsstoff liefern. Den Argumenten und der Auffassung des Fernsehmoderators Franz Alt zu Frieden und

Bergpredigt gibt der Autor eine bibelgegründete Antwort. Ebenso kirchlichen Friedenserklärungen mit ihren Fragwürdigkeiten. Dieses Buch kann man nicht in ein theologisches oder gar politisches „Links-Rechts-Schema“ pressen. Es ist eine von Erfahrung und Forschung, von Leben und Lehre durchtränkte Bilanz eines weisen alten Theologen, der die Schrecken diktatorischen Terrors und modernistischer Bibeldemontage gleichermaßen durchlitten hat. Künneths ethischer Orientierung gibt es derzeit nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Staatsbürger ist jeder Christ. Christlich wollen viele Politiker sein. Sie alle kommen an dem „neuen Künneth“ nicht vorbei. Bleibt zu hoffen, daß es nicht das letzte Wort aus Erlangen ist.

Peter Hahne

„Drei Veröffentlichungen des Lutherischen Verlagshauses Hannover zu Beginn des Jahres 1984 sollen kurz vorgestellt werden. Im Rückblick auf die Barmer Theologische Erklärung von 1934 und inmitten der uns zur Zeit verwirrenden Stellungnahmen christlicher Gruppen zu aktuellen politischen Problemen können sie dazu beitragen, Grundlinien christlichen Handelns zu erkennen und hoffentlich auch Klarheit zu gewinnen“, schreibt Pastorin Gesa Conring, Landesvorsitzende des EAK-Hannover, einleitend zu ihren nachfolgenden Buchhinweisen.

„Barmen und das Luthertum“, herausgegeben von Reinhard Ritter in der Reihe „Fuldaer Hefte“ Nr. 27, 163 Seiten, 18,50 DM.

Vier bedeutsame Vorträge von Kurt Nowak, Friedrich Hübner, Wolf Dieter Hauschild und Albrecht Peters sind in diesem Band vereint, die sich mit den kirchengeschichtlichen Ereignissen um Barmen 1934, mit den sie prägenden Figuren und den damit gestellten Fragen für die lutherische Kirche heute auseinandersetzen.

Es ist interessant, diese unterschiedlichen Stimmen von Lutheranern zu vernehmen, die für den theologisch Interessierten deuten und aufhellen, was im anhaltenden Streit der Meinungen bislang oft verborgen blieb. Besonders wichtig ist wohl der Gewinn für die heutige kirchlich-theologische Diskussion, die von damals her viel besser zu verstehen ist. Geht es doch weithin noch um die gleichen Unterschiede in der Auslegung der Bibel für politisches Handeln heute.

„Status confessionis“, Karl Heinz Stoll, Heft 24 der Schriftenreihe Zur Sache, 214 Seiten, 9,50 DM.

In gut verständlicher Form entfaltet der nordelbische Bischof Stoll, was Bekenntnis und Bekennen in der Christen-

Evangelische Verantwortung

Meldungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Staatsminister Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Rechtsanwalt Erhard Hackler, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM, Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK — Post-scheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet — Belegexemplar erbeten.

heit bedeutet. Von den altchristlichen Bekenntnissen über die Reformationszeit führt er in die aktuelle Diskussion um das aus Glaubensgründen gesprochene Nein des Reformierten Bundes zum Nato-Doppelbeschluss.

Es wird sehr sachlich informiert, dann aber auch deutlich Stellung genommen und eine Entwicklung nachgezeichnet, die von der Theologie Karl Barth's ausgehend zu gegensätzlichen Positionen in der evangelischen Christenheit in Deutschland geführt hat.

„Predigt und politische Verantwortung nach der Theolog. Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen 1934“,

Hans Philipp Meyer, Nr. 15 in der Reihe Vorlagen, 26 Seiten, 6,- DM.

Dies ist für Kenner der theologischen und kirchenpolitischen Gesprächslage ein interessanter Beitrag, der deutlich macht: Die Unterscheidung des kirchlichen und politischen Handelns vom Wort Gottes her war der springende Punkt schon 1934.

„Bonner Zwischenrufe“, Karl-Rüdiger Durth, Brendow-Verlag, Moers, 15,80 DM.

Karl Rüdiger Durth, evangelischer Pfarrer und hauptberuflich Parlamentsjournalist der Kölnischen/Bonner Rundschau, schreibt mit der Feder des wis-

senden Insiders. Seit vielen Jahren gilt sein publizistisches Interesse der christlichen Presse in Deutschland. Schon mit seinen bisherigen Buchveröffentlichungen „Praktische Zeitungslehre“, „Lokalkommunikation der Kirche“, „Die missionarische Stimme“ u. a. hat er Aufsehen erregt und eine breite Leserschaft gefunden. Sein neuerliches Buch — angereichert mit Bibeltexten zu Bildern des Bonner Fotografen Werner Schüring — wendet sich gegen das Vorurteil von der Unvereinbarkeit zwischen politischem Tagesgeschäft und dem Selbstverständnis eines Christen.

Durths Buch ist engagiert und flüssig geschrieben.

Hermann Ehlers zum Gedächtnis

4. Oktober 1984:

Gedenkfeier aus Anlaß des 80. Geburtstages von Hermann Ehlers.
Konrad-Adeauer-Haus, Bonn, 17.00 Uhr

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Konrad-Adeauer-Stiftung, Bundesminister a. D. Dr. Bruno Heck, sprechen Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Bischof i. R. Dr. Hans-Otto Wölber und der Vorsitzende der Hermann-Ehlers-Stiftung, Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel.

Nachfragen sind zu richten an das Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Postfach 1260, Rathausallee 12, 5205 St. Augustin 1 (Tel. 0 22 41 / 246-201.)

28. Oktober 1984:

Gedenkfeier aus Anlaß des 30. Todestages von Hermann Ehlers in Oldenburg.

Die Veranstaltung wird durch den Vorsitzenden der Hermann-Ehlers-Stiftung, Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel, eröffnet. Nach Grußworten von Oberkirchenrat a. D. Dr. Herbert Hemprich und Oberbürgermeister Dr. Heinrich Niewerth hält Alt Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens den Hauptvortrag zu Ehren von Hermann Ehlers.

28. Oktober 1984:

Kranzniederlegung am Grabe von Hermann Ehlers in Sülze durch Bundestagspräsident Dr. Rainer Barzel.

5931*0100-003896 PAK. 16/ 9

BLECKMANN, HANS

FROEBELSTR. 11

2080 PINNEBERG-THESDORF

\$\$\$

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt